



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

„Finden Sie denn, daß ich sonst nicht — so recht ein — Mann bin?“

„Ja,“ sagte sie ganz begeistert, „das finde ich ja gerade!“

Sie sah ihn so an, daß er fühlte, wie er unter ihrem Blick errötete. — —

Das Fjord-Ende bekam sein Schulhaus.

Aber seit jenem Tage war Jungfer Thorborg des Pfarrers feste Ratgeberin. Er kam jedesmal zu ihr, wenn er meinte, daß er ihrer Kenntnis von Menschen und Verhältnissen bedurfte. Und das war immer häufiger der Fall, je mehr sie ihm mit ihrem hellen, schnellen Verstand und ihrem klaren Blick behilflich war.

Als nun die Tage länger wurden, lernte er das Schneeschuhlaufen von ihr. Und Jungfer Thorborgs Lachen erklang auf den winterlichen Bergabhängen — wenn ihr geistlicher Lehrling kopfüber in den Schnee purzelte, oder wenn sie fand, daß er zu dumme Fragen stellte und der Verschlagenheit der Welt gegenüber zu arglos, zu wenig mißtrauisch war.

(Fortsetzung folgt.)



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel

Berlin, 27. Februar 1910.

(Der Tod des Reichstagspräsidenten. Reichstagsverhandlungen. Die Beschlüsse der Wahlrechtskommission. Die Landwirtschaftswoche. Graf Lehrenthal in Berlin. Österreich, Ungarn, Rußland und der nahe Orient.)

An demselben Tage, an dem wir unsere letzte Betrachtung abschlossen, hat der deutsche Reichstag einen schweren Verlust erlitten; der Präsident Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode erlag der Krankheit, die ihn schon seit längerer Zeit gefesselt hielt. Auch die politischen Gegner dieses trefflichen, hochgefinnten und aufrechten Mannes scharten sich schmerzbewegt um seine Bahre; auch für sie war er der Mann, der die Achtung und das Vertrauen aller besaß, und wenn sie ihn bekämpfen mußten, war es nie die Person, der sie entgegentraten. Graf Stolberg hatte vielleicht Vorgänger auf dem Präsidentenstuhl, die von nicht selten schwierigen Situationen kaltblütiger und gewandter gegenüberstanden, aber an Unparteilichkeit und vornehmer Liebenswürdigkeit konnte er von niemand übertroffen werden. Wie er einst als junger Offizier auf dem Schlachtfeld für Deutschlands Einheit geblutet hat, so hat er als Beamter in hohen Vertrauensstellungen furchtlos und treu für sein Vaterland gewirkt; so hat er sich in seiner parlamentarischen Tätigkeit als charaktvoller Vertreter unabhängiger Überzeugungen bewährt. Mitten aus seiner verantwortungsvollen und segensreichen Amtstätigkeit hat ihn der Tod abgerufen; unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen wird es besonders schwer sein, ihn zu ersetzen.

Der Reichstag ist jetzt in der Etatsberatung zum Etat des Reichsamts des Innern vorgeschritten. Es ist das bekanntlich in jedem Jahre die gefährlichste Klippe für den rechtzeitigen Abschluß des Etats. In den vorhergehenden Debatten

hatte der Reichstag viel Selbstbeherrschung geübt. Ohne Flüchtigkeit und ohne allzu starke Einschränkungen notwendiger Kritik war doch diesmal überflüssiges Reden und sinnlose Zeitverschwendung vermieden worden. Aber bei dem Etat des Innern hat doch die Flut der Resolutionen und Anträge wieder den Damm der guten Vorsätze durchbrochen. Man darf aber trotzdem hoffen, daß der Uferlosigkeit der sozialpolitischen Debatten rechtzeitig vorgebeugt wird. Staatssekretär Delbrück, der zum ersten Male als Inhaber des Amtes, das vor einem Jahr noch vom jetzigen Reichskanzler geleitet wurde, vor dem Reichstag steht, hat sich nicht mit einem eigentlichen Programm eingeführt; das wäre jetzt auch wohl gar nicht einmal zu empfehlen gewesen. Er hat nur die Grundsätze auseinandergesetzt, nach denen er in seinem Amt zu wirken gedenkt. Es geht daraus hervor, daß er auf derselben Linie wie seine Vorgänger fortzuschreiten gedenkt, — bei dem staatsrechtlichen Verhältnis zwischen Reichskanzler und Staatssekretär ist dies allerdings nach der Lage der Sache selbstverständlich, — und daß er diesen Grundanschauungen entsprechend vor allem bemüht sein wird, auf den Ausgleich der sozialen Gegensätze hinzuwirken. Das wird ihm natürlich von dem sozialpolitischen Radikalismus als eine Begünstigung des Unternehmertums ausgelegt. In Wahrheit ist es unabweisbar, daß eine erfolgreiche Sozialpolitik im Deutschen Reich auf anderen allgemeinen Grundsätzen aufgebaut werden könnte, als sie der Staatssekretär jetzt bekannt hat. Wie sich im einzelnen die Ausführung gestalten wird, kann man wohl ruhig abwarten.

Auch der Kampf um die preußische Wahlrechtsreform hat den Reichstag, soweit es möglich war, beschäftigt. Die Sozialdemokraten interpellierten den Reichskanzler wegen der Äußerungen, die er als Ministerpräsident im preußischen Abgeordnetenhaufe über das Reichstagswahlrecht getan hatte. Es war dem Reichskanzler natürlich ein leichtes, diese Interpellation dadurch zu beantworten, daß er die beanstandeten Sätze seiner großen Rede im Abgeordnetenhaufe durch einige weitere Ausführungen in dem Sinne interpretierte, wie sie von jedem nicht gerade übelwollenden oder in vorgefaßte Meinungen verrannten Menschen von vornherein verstanden werden mußten und verstanden worden waren. Die ganze Verhandlung war ein Komödienstück. Die Abgeordneten, die an den Äußerungen des Reichskanzlers Kritik übten, mußten sich, um die ganze Situation nicht ins Lächerliche zu ziehen, den Anschein geben, als hätten sie ernstlich geglaubt, der Reichskanzler führe etwas gegen das Reichstagswahlrecht im Schilde. Freilich mußte dieser heilige Ernst, mit dem etwas behauptet wurde, was innerlich doch kein verständiger Mensch mit einiger politischen Bildung für möglich halten konnte, erst recht komisch wirken. Aber äußerlich führten die Herren Volksvertreter ihre Rolle mit der Würde römischer Auguren durch. Ein Ueingeweihter hätte wirklich glauben können, daß eins der Grundrechte des deutschen Volkes in Gefahr sei. Wie wir über die Stellungnahme des Reichskanzlers zu dieser Frage denken, haben wir früher schon ausgesprochen. Sein Standpunkt scheint uns vollkommen korrekt und die Aussprache darüber notwendig. Gerade die Sorge für die Festigkeit des Reichs, die jedem Deutschen am Herzen liegen muß, bedingt die Forderung, daß an den Grundlagen, die die Weisheit der Gründer des Reichs als historisch notwendige Bedürfnisse des deutschen Volkes erkannt hat, nicht gerüttelt wird. Zu diesen Grundlagen gehört auch der Föderalismus, der die Eigenart der deutschen Stämme und der einzelnen Staatenbildungen zur Geltung bringt. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit fordert eine gegenseitige Rücksichtnahme der deutschen Bundesstaaten, sie sollte aber auch überflüssige und schädliche Empfindlichkeiten ausschließen. Wir Preußen haben uns der Kritik enthalten, wenn andre Bundesstaaten in Fragen, die nicht zur Kompetenz des Reichs

gehörten, ihre Angelegenheiten nach eigenem Wunsch regelten; jetzt haben wir eine preußische Angelegenheit zu ordnen und können verlangen, daß die andern Bundesstaaten dieselbe Rücksicht gegen uns walten lassen. Trotzdem wird man uns nicht vorwerfen können, daß wir über die Einmischung der öffentlichen Meinung in Süddeutschland in eine Frage der preußischen Gesetzgebung eine unnötige Empfindlichkeit zur Schau getragen haben, obwohl wir Grund genug dazu gehabt hätten. Um so lächerlicher ist es, wenn süddeutsche Stimmen, die selbst nicht starke Worte genug über die innern Verhältnisse und Einrichtungen Preußens finden konnten, sofort Peter schreien, wenn der preußische Ministerpräsident ein ganz allgemein gehaltenes, ruhiges Wort der Kritik über Einrichtungen ausspricht, die zufällig in andern Bundesstaaten eingeführt sind, dort auch ganz am Platze sein mögen, sich aber für Preußen nicht eignen. Im übrigen gehört schon ein hohes Maß von Begriffstüchtigkeit in politischen Dingen dazu, wenn man nicht einsieht, daß man das Reichstagswahlrecht dort, wo es jetzt besteht, für zweckmäßig und notwendig halten kann, daß man es aber wegen bestimmter Mängel, die ihm — wie allen menschlichen Einrichtungen — anhaften, an andern Stellen nicht eingeführt sehen möchte, wo sich diese Mängel als ein Hindernis für die zu erfüllenden besondern Zwecke darstellen.

Inzwischen hat die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses die erste Lesung der Vorlage beendet. Das vorläufige Ergebnis dieser Beratungen ist überraschend genug. Nachdem sich schon zu Anfang eine Mehrheit für das geheime Wahlrecht gefunden hatte, haben die Konservativen ihre Bereitwilligkeit erklärt, der Vorlage auf dieser Grundlage zuzustimmen, falls die indirekte Wahl beibehalten würde und dann wenigstens die Abgeordnetenwahlen unter Wahrung des Prinzips der Öffentlichkeit stattfänden. Das Zentrum ist auf diesen Kompromißvorschlag eingegangen, und auch die Freikonservativen haben sich ihm vorläufig angeschlossen. Damit war für positive Vorschläge eine vorläufige Mehrheit in der Kommission gewonnen. Die Nationalliberalen mußten diesen Beschlüssen insoweit zustimmen, als sie ihrer alten Programmforderung gemäß die Einführung des geheimen Wahlrechts wenigstens bei den Urwahlen nicht zurückweisen konnten, während die Frage, ob direkte oder indirekte Wahl, von ihnen niemals in den Vordergrund geschoben worden war. Im Gegenteil schien die Beibehaltung der indirekten Wahl eine notwendige Folge des Festhaltens an dem Dreiklassensystem zu sein, wenn man künstliche und in ihren Wirkungen schwer zu übersehende Methoden der Stimmenberechnung vermeiden wollte. Das Dreiklassensystem aber entspricht durchaus den überlieferten Ansichten und Wünschen des gemäßigten Liberalismus. So stimmten die nationalliberalen Kommissionsmitglieder dem Kompromißvorschlag in zwei Punkten bei; nur darin trennten sie sich wieder von der Kommissionsmehrheit, daß sie auch für die Abgeordnetenwahlen, nicht nur für die Urwahlen, geheime Abstimmung wünschten. Ob nun die Kommissionsbeschlüsse der ersten Lesung aufrechterhalten werden, steht zunächst noch nicht fest. Auch die Regierung hat bisher noch nicht in Aussicht stellen können, daß sie ein Gesetz auf dieser Grundlage annehmen wird. Für sie ist die Lage wesentlich verändert. Die Rückkehr zur indirekten Wahl würde nach der Auffassung des Staatsministeriums den Kernpunkt der Wahlrechtsreform vollständig verschieben. Der Übergang zur direkten Wahl erschien der Regierung als ein Fortschritt von Bedeutung und als ein Zugeständnis von so bemerkenswerter Wirkung, daß die andere Frage der öffentlichen oder geheimen Wahl dahinter als nebensächlich zurücktrat und die Beibehaltung der öffentlichen Wahl als notwendiges Gegengewicht gegen die vorgeschlagene Neuerung angesehen wurde. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß die

Beibehaltung der indirekten Wahl, also der Verzicht gerade auf den Vorschlag, in dem die Regierung das weiteste Entgegenkommen bewiesen zu haben glaubte, auch die Frage der geheimen Wahl in ein anderes Licht rückt. Die Frage erscheint eben jetzt in anderem Zusammenhange, doch wird sich darüber jetzt noch nichts Bestimmtes sagen lassen, da ja noch nicht einmal feststeht, wie sich die Fraktionen zu der Arbeit ihrer Vertrauensmänner in der Kommission stellen werden. Erst die zweite Lesung wird größere Klarheit bringen.

Der Kompromiß hat die Sozialdemokratie in die äußerste Wut versetzt. Ihre Presse tobt über die „Verräterei“ des Zentrums. Die Partei versucht nun die Massen immer mehr aufzuheizen und arbeitet weiter mit dem aussichtslosen und törichten Mittel der Straßendemonstrationen. Sie tut sich dabei selbst den größten Schaden, denn sie hilft dadurch die Abneigung der ruhigen Bürger, denen das ordnungswidrige Treiben zuwider ist, gegen die Erhöhung des Einflusses der breiten Masse verstärken. Eine auf der Straße revoltierende Masse braucht den Polizeistaat; je häufiger und ärger sie die Ordnung stört, desto mehr liefert sie den Beweis, daß das wichtigste Staatsbürgerrecht nicht ohne Garantien in ihre Hände gegeben werden kann.

Die vergangene Woche war zugleich die „große Landwirtschaftswoche“ in Berlin, die durch die Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch eingeleitet wurde. Die Lage brachte es mit sich, daß die Ansprachen, die immer bei dieser Gelegenheit gehalten zu werden pflegen, diesmal einen besonders aggressiven Ton gegen alle Andersdenkenden anschlugen. Das ist nicht zu verwundern. Diskussionen gibt es dabei nicht. Die Führer treten nacheinander vor eine gleichgestimmte, willig folgende Zuhörerschaft, die die gewohnten Schlagwörter hören, sich an ihnen begeistern, das Bewußtsein ihrer Macht gestärkt sehen will, eine Zuhörerschaft, die eine frische und derbe Kost auch in der Rede verlangt. Die Redner in einer solchen Versammlung würden ihr Geschäft schlecht verstehen, wenn sie anders sprächen als in grobkörnigen Ausfällen gegen jede Art von Gegnern. Da jeder verständige Patriot bereit sein wird, die wahren Interessen der Landwirtschaft zu verteidigen, so hat der Bund es leicht, seine Gegner als Feinde der Landwirtschaft und als Schädlinge zu brandmarken, wenn sie auch nur die Auswüchse der agrarischen Bestrebungen und die politischen Machtgelüste ihrer Führer bekämpfen. Diesmal konnte es nicht ausbleiben, daß das Bild der innern Kämpfe des vergangenen Jahres aus Anlaß der Reichsfinanzreform noch einmal aufgerollt wurde, und dabei gab es natürlich noch mehr Gehässigkeiten und Angriffe als gewöhnlich. Aber eben deshalb erübrigt es sich, auf die in dieser Generalversammlung gehaltenen Reden näher einzugehen, da es zwecklos ist, den alten Streit wieder aufzurühren.

In diesen Tagen hat der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Aehrenthal, in Berlin den Besuch erwidert, den Herr v. Bethmann Hollweg im vergangenen Herbst in Wien abstattete. Graf Aehrenthal hat hier die vertrauensvolle und herzliche Aufnahme gefunden, auf die er als verantwortlicher Leiter der auswärtigen Politik des verbündeten Nachbarreichs, sowie auf Grund seiner loyalen und ausgezeichneten Führung dieser Politik Anspruch hat. In ihm hat die Dreibundpolitik stets einen verständnisvollen Förderer und eine zuverlässige Stütze gehabt. Mit dieser Anerkennung verbindet sich bei uns die Bewunderung für einen Staatsmann, der den in der habsburgischen Monarchie vereinigten Kräften nach einer längeren Zeit der Verworrenheit, des Schwankens und des Stillstandes wieder klare, feste Ziele gewiesen hat und mit Energie an ihre Verfolgung gegangen ist. Freilich drängt sich dabei auch der Gedanke auf,

daß einem solchen Staatsmann gegenüber an unsere auswärtige Politik höhere Anforderungen als sonst gestellt werden müssen, wenn der Schwerpunkt der Dreibundpolitik nicht in weiterem Maße, als es dem wahren Kräfteverhältnis der Nationen entspricht, nach Wien hinübergleiten soll. Es ist zu verstehen, wenn hier und da bei uns eine gewisse Beunruhigung rege geworden ist, ob nicht die Entwicklungen im nahen Orient, an denen wir jedenfalls weniger interessiert sind als Österreich-Ungarn, und die gleichzeitige Annäherung zwischen diesem Staate und Rußland geeignet sind, die deutsche Machtstellung zu beeinträchtigen, vielleicht sogar das Gefüge nicht nur des Dreibunds, sondern auch der deutsch-österreichischen Freundschaft zu lockern. Das Communiqué, das als Ergebnis der Unterredungen zwischen Herrn v. Bethmann Hollweg und Graf Lehrenthal veröffentlicht worden ist, läßt insofern eine Antwort auf diese Bedenken zwischen den Zeilen lesen, als daraus hervorgeht, daß gerade die Balkanfragen einen bemerkenswerten Raum in diesen Besprechungen eingenommen haben. Es wird darin neben den Sympathien für die Konsolidierung der Verhältnisse in der Türkei die Bemühung um die Erhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel betont. In diesem Zusammenhange ist wohl zu bemerken, daß die Verhandlungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn über diesen Punkt tatsächlich nicht hinausgekommen sind. Eine Formel für ein weiteres gemeinsames Handeln in den Balkanfragen haben die beiden Mächte vorläufig nicht gefunden. Und auch jene Einigung über den status quo zwischen Rußland und Österreich hat wohl nur den bedingten Wert, daß sie den Eindruck verhüten soll, als seien die öffentlich mit einiger Betonung eingeleiteten Annäherungsversuche Rußlands resultatlos geblieben. Wir reden von einem bedingten Wert. In Wien wird man wissen, warum. Deutschland bleibt nach wie vor der stärkste und zuverlässigste Rückhalt Österreich-Ungarns. Die Balkanfragen bergen noch viele Rätsel und Sorgen. Die Keime zu neuen Unruhen in türkischen Provinzen, Zwischenfälle an der bulgarischen Grenze, innere Schwierigkeiten, die dem neuen Regime in der Türkei entstehen, die innern Verhältnisse in Serbien, die kritische Lage der griechischen Dynastie — lauter ungelöste Fragen, die geeignet sind, die Politik der europäischen Großmächte in Mitleidenschaft zu ziehen. Andererseits freilich sind manche Spannungen verschwunden, die noch vor einem Jahr zwischen den Großmächten selbst bestanden, und so wird es vielleicht wieder gelingen, auch jetzt die Wetterwolken im Orient zu zerstreuen.

**Berichtigung.** In dem Aufsatz „Das Preußenbuch“ von Gustav Wustmann in Nr. 8 der „Grenzboten“ ist in zwei Fällen durch Fortfallen von Buchstaben der Sinn zweier Lesarten unklar geblieben. Seite 359, Zeile 23 heißt es richtig: „Quell der Wunden“ (nicht: Wund). Seite 359, Zeile 29 sollte stehen: „Alle Sünden“ (nicht: A e). — In der Anmerkung Seite 360 ist die richtige Jahreszahl 1859 (statt 1854).

